

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Claudia Jung, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Bernhard Pohl, Manfred Pointner, Markus Reichhart, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann und Fraktion (FW)**

Notprogramm für die bayerischen Universitäten bei Aussetzung der Wehrpflicht einleiten und Hochschulausbau nachhaltig sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung wird aufgefordert, an den bayerischen Hochschulen ab dem Jahr 2011 mindestens 5.000 Studienplätze, 400 Planstellen für wissenschaftliches Personal und 15.000 Quadratmeter an Flächen zusätzlich zur Verfügung zu stellen allein für den Extrabedarf, der durch die geplante und praktisch beschlossene Aussetzung der Wehrpflicht entstehen wird.
2. Die durch die Aussetzung der Wehrpflicht eingesparten Gelder sollen den Bundesländern für einen begrenzten Zeitraum anteilig als „Sonderfonds Bildung und Hochschule“ zur Verfügung gestellt werden. Für diesen Sonderfonds soll sich die Staatsregierung aktiv bei der Bundesregierung einsetzen.
3. Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, die am 28. September 2010 im Rahmen der „Sofortmaßnahmen im Haushaltsvollzug 2010“ beschlossene Zusatzsperre für die bayerischen Hochschulen und Universitäten aufzuheben, um so den bayerischen Hochschulen Planungssicherheit zu gewähren und die Bewältigung des doppelten Abiturjahrgangs 2011 und den Hochschulausbau nachhaltig sicherzustellen.

Begründung:

Sollte die Wehrpflicht, wovon gegenwärtig auszugehen ist, im kommenden Jahr durch den Bundestag ausgesetzt werden, droht Bayerns Hochschulen zusätzlich zum doppelten Abiturjahrgang ein erheblicher, bisher nicht eingeplanter und nicht gedeckter Mehrbedarf an Studienplätzen, Lehrpersonal und Räumlichkeiten. Bayerns Staatsminister für Unterricht und Kultus, Dr. Ludwig Spaenle, rechnet in diesem Fall deutschlandweit mit bis zu 50.000 zusätzlichen Studierenden, die von den Hochschulen aufgenommen werden müssen. Auch die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz, Margret Wintermantel, schlägt deshalb Alarm und fordert mehr Personal in der Lehre. Angesichts dieser Entwicklungen brauchen die bayerischen Hochschulen mehr denn je Planungssicherheit und müssen sich auf die Zusagen der Staatsregierung verlassen können. Wenn nicht unverzüglich ein Notprogramm für den Hochschulstandort Bayern eingeleitet wird und weitergehende Maßnahmen als bisher beschlossen werden, wird der zusätzlich zu erwartende Studienplatzbedarf die Hochschulen u.E. erheblich überfordern. Hier ist u.E. auch die Bundesregierung in der Pflicht, den größten Teil der anfallenden Zusatzkosten, der durch die Aussetzung der Wehrpflicht entsteht, zu übernehmen, da dieser Mehrbedarf wesentlich durch eine Bundesentscheidung auf die Bundesländer zukommen wird.